

Mainz, 23.01.2014

Antrag **1959/2010 zur Sitzung Stadtrat am 03.11.2010**

**Landeshauptstadt Mainz beteiligt sich am Kommunalen
Entschuldungsfonds (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)**

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Mainz hat den festen Willen sich am Entschuldungsfonds des Landes Rheinland-Pfalz zu beteiligen und in den so dringend notwendigen Schuldenabbau einzusteigen.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert, dem Stadtrat dazulegen, welche Voraussetzungen die Stadt Mainz im Vorfeld des Rahmenvertrags zu erbringen hat.
3. Die Verwaltung wird gebeten, eine dauerhafte Arbeitsgruppe des Ausschusses für Finanzen zu bilden, die den gesamten Prozess begleiten wird.
4. Aufgabe der zu bildenden Arbeitsgruppe soll sein, Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu erörtern, zu konkretisieren und über ihre Durchführbarkeit zu beraten. Die Arbeitsgruppe soll während der Laufzeit des Entschuldungsfonds auf die Einhaltung der Konsolidierungsmaßnahmen und auf den Fortschritt der Entschuldung achten.

Begründung:

Die Landeshauptstadt Mainz wird dem Kommunalen Entschuldungsfonds des Landes Rheinland-Pfalz beitreten und hat den festen Willen die Höhe seiner Liquiditätskredite deutlich zu reduzieren.

Beginnend zum 01. Januar 2012 werden in der 15-jährigen Laufzeit des Entschuldungsfonds zwei Drittel der kommunalen Liquiditätskredite getilgt und die fälligen Zinsen beglichen. Für Mainz bedeutet dies eine Entschuldung von über 575 Millionen Euro.

Der Entschuldungsfonds bietet eine große Chance, ist aber zugleich eine große Herausforderung. Mainz ist bereit diese Anstrengung auf sich zu nehmen, um Handlungsspielräume für unsere Stadt und zukünftige Generationen zu schaffen.

Um ihren jährlichen durchschnittlichen Eigenanteil von etwa 12,9 Mio. aufzubringen, ist Mainz bereit, tief greifende Anstrengungen zu unternehmen, um die Ausgaben zu senken und die Einnahmen zu stärken.

Die Erarbeitung der Konsolidierungsmaßnahmen, die mit der Aufsichtsbehörde ADD vertraglich zu vereinbaren sind, ist eine Gemeinschaftsaufgabe der Mainzer Politik. Eine Arbeitsgruppe des Ausschusses für Finanzen wird hierzu geeignete Maßnahmen im Vorfeld erörtern und den gesamten Prozess begleiten.

Sich der Bedeutung und Verantwortung der eigen zu leistenden Beiträge zu Entschuldung bewusst, erwartet Mainz die Einhaltung des Konnexitätsprinzips seitens des Bundes und Landes in ihrer Gesetzgebung, um eine dauerhafte strukturelle Änderung des städtischen Haushaltsdefizits zu erreichen.

gez. Oliver Sucher (SPD)

gez. Katrin Eder (Bündnis 90/Die Grünen)

gez. Christopher Sitte (FDP)